auf Betroffene reagiert, die sich von sich aus an die Kommission wandten, untersucht die Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte die Ebenen der Verantwortung, die politischen und kulturpolitischen Mechanismen des Unrechts im DDR-Rundfunk historisch. Ich möchte dies einmal an einem Beispiel veranschaulichen. Im Gründungsmonat der DDR wurde Heinz Schmidt, damaliger Intendant des Berliner Rundfunks, durch Politbürobeschluß „ wegen nationalistischer Überheblichkeit seiner Funktion enthoben". Heinz Schmidt lebt nicht mehr und steht somit für viele, die sich nicht mehr an eine Kommission wenden können, um zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit beizutragen. Im Zentralen Parteiarchiv der SED in Berlin fand ich das Protokoll einer siebenstündigen Sitzung, zu der das erweiterte Parteiaktiv Berliner Rundfunk am 30. Oktober 1949 eigens ins Zentralsekretariat der SED geladen wurde. Dort nannte Hermann Axen Hintergründe und wies die politische Linie: „Es geht in diesem Fall am wenigsten um den Genossen Heinz Schmidt, sondern es geht um die Frage der Partei, der Partei neuen Typs, um die Frage der Abwehr aller feindlichen Kräfte, auch jener ideologischen Infiltration des Feindes, die man auf den ersten Blick als solche nicht erkennen kann. Denn der Gegner wird, wie der Rajk-Prozeß und die Moskauer Prozesse bewiesen haben, nicht offen auftreten, sondern mit Leuten, die nach außen scheinbar Verdienste um die Arbeiterbewegung errungen haben."

Ein anderer Fund aus dem Bundesarchiv Potsdam ist ein 1961 verfasster „Bericht über die Kaderentwicklung im Deutschen Demokratischen Rundfunk". Darin wird die allmähliche Zentralisierung des Rundfunksystems mit ihren gesellschaftlichen und individuellen Folgen schwerster Tragweite beschrieben. „1951/52 erfolgte eine durchgreifende Reorganisation... systematisch wurden etwa 1000 klassenfremde und schwankende Elemente, vor allem in Berlin, ausgeschaltet... Die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees war eine entscheidende Maßnahme bei der Säuberung des Rundfunks... Nur die besten, unserer Partei und Regierung treu ergebenen Mitarbeiter wurden übernommen... Es wurden in enger Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Agitation und Propaganda (des ZK der SED), der Parteileitung des Rundfunks und dem Komitee Diskussionen über Sendungen und zurückgewiesene Beiträge auf den verschiedenen Ebenen innerhalb des Rundfunks geführt... Entscheidungen über Kaderfragen wurden von der ideologischen Standfestigkeit des Mitarbeiters abhängig gemacht. So wurden wiederholt wichtigste Entscheidungen über Umbesetzung, Beförderung und Degradierung nach ideologischen Diskussionen gefaßt." Zusammen mit einigen engagierten Mitarbeitern tragen wir in unserer Arbeitsgruppe zur Rundfunkgeschichte aus den verschiedenen Archiven Dokumente zusammen. Die Auseinandersetzung mit pauschalen Interpretationen des Stalinismus soll verbunden werden mit einer strukturellen Analyse der jeweils historisch und politisch determinierten SED-Medienpolitik am Beispiel des DDR-Rundfunks. Dazu soll die Rolle der Ideologie in der

DDR unter folgenden Gesichtspunkten untersucht werden: In ihrer politischen Funktion als Legitimationsinstrument; die Funktionalisierung der Medien und ihre ideologische Instrumentalisierung unter dem Diktat der Politik; herrschendes Bewußtsein als Bewußtsein der Herrschenden; und Herrschaftstechniken von Manipulation und Mobilisierung aus ideologiekritischer Sicht. Dabei setzt die Arbeitsgruppe exemplarisch für wesentliche politische Konfliktfälle zeitliche Schwerpunkte. Das Archivalienstudium wurde von uns bereits und soll weiter durch lebensgeschichtlich angelegte Interviews ergänzt werden. Durch diese Interviews mit Journalisten, Künstlern, ehemaligen Leitungskadern und Parteifunktionären aus den für Agitation und Propaganda zuständigen SED-Apparaten sollen die der Ideologie zugewiesenen Aufgaben in der Medien-, Kultur- und Personalpolitik weiter erhellt werden. Zusammenfassend besteht also der besondere Wert dieser Arbeit darin, über Rehabilitierungen hinausgehend mit Hilfe von Dokumenten und Zeitzeugen Strukturen aufzuarbeiten und damit eine Analyse des Systems der Vermittlung des Herrschaftsdenkens als gesellschaftliches Bewußtsein abzugeben. Bisher fehlt es der Arbeitsgruppe jedoch an jeglicher gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung des Projektes. Die Arbeitsgruppe, die bis 1991 vom Funkhaus Nalepastraße gestützt wurde, besteht seit Januar nur noch als eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft von „Idealisten“, so muß man es wohl beschreiben. Meine sieben Mitstreiter und ich engagieren sich ohne eine finanzielle Entschädigung, allein der Sache wegen, bislang noch. Dringend benötigte Arbeitsmittel wie Kopierer, Computer, Diktiergeräte, Kassetten, Disketten usw. stehen nicht zur Verfügung. Die Interviews müssen mühsam selbst transkribiert werden, weil Honorargelder fehlen. Zu befürchten ist, daß ohne finanzielle und materielle Förderung des Projektes unsere Forschungsarbeit vorzeitig und ohne Abschluß abgebrochen werden muß. Daher ist es uns wichtig, von Ihnen zu erfahren, ob über eine mögliche Arbeitsvereinbarung mit der Enquete-Kommission des Bundestags der Fortbestand der von mir vorgestellten zwei Initiativgruppen zu sichern wäre.

Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv –: Die Umweltbibliothek ist eine Gruppe, die auch schon länger besteht. Ich möchte deshalb kurz in die vergangenen Jahre ausholen. Die Umweltbibliothek Berlin wurde 1986 in den Kellerräumen der Zionskirchgemeinde bei Pfarrer Simon im Rahmen der damaligen Möglichkeiten in der DDR als Gruppe innerhalb der Evangelischen Kirche gegründet. Im Juli 1990 wurde sie als Verein eingetragen. Der Trägerkreis der Umweltbibliothek, der Friedens- und Umweltkreis, bestehend seit 1983, hat es von Anfang an als sein Anliegen gesehen, die Zusammenhänge zwischen Ausbeutung der Umwelt, Ausbeutung im eigenen Land und Ausbeutung der Dritten Welt zu erarbeiten und öffentlich darzustellen. In diesem Zusammenhang und zu diesem Zweck entstand auch 1986 die Bibliothek, die eine intensivere Art von Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen sollte. Ebenso seit 1986